

11. Mai 2009 /bfi11

„Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen den Extremismus“

Verfassungsschutzbericht 2008: Innensenator Christoph Ahlhaus lobt die erfolgreiche Arbeit des Landesamtes

Der Kampf gegen den islamistischen Terror sowie gegen rechts- und linksextremistische Bestrebungen waren zentrale Arbeitsschwerpunkte des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr 2008. **Innensenator Christoph Ahlhaus** und der Leiter des Landesamtes, **Heino Vahldieck**, stellten am heutigen Montag den aktuellen Verfassungsschutzbericht der Öffentlichkeit vor. Weitere wichtige Aufgaben des Landesamtes waren Aufklärung und Information über Spionage, Wirtschafts- und Geheimschutz sowie die Warnung vor den Aktivitäten der verfassungsfeindlichen Scientology-Organisation.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Die Beobachtung und Bekämpfung des Islamismus und des islamistischen Terrorismus bleibt die zentrale Aufgabe unseres Verfassungsschutzes. Aber auch rechts- und linksextremistische Gruppen bedrohen unsere Demokratie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landesamtes leisten hier eine unverzichtbare Aufklärungsarbeit, um die Öffentlichkeit rechtzeitig über verfassungsfeindliche Aktivitäten zu informieren. Wir werden weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremisten vorgehen, damit sie auch künftig keine Chance bekommen, unsere Demokratie zu zerstören. Insgesamt können wir, 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, auf eine erfolgreiche Geschichte zurückschauen: Antidemokraten und Extremisten gleich welcher Richtung ist es bislang nicht gelungen, unsere Gesellschaft nachhaltig zu beschädigen. Dass unsere Sicherheit, unsere Demokratie und damit auch unsere Freiheit auf so fester Basis stehen, liegt maßgeblich mit an der erfolgreichen Arbeit unseres Verfassungsschutzes – des effektiven ‚Frühwarnsystems‘ unseres demokratischen Staates.“

Der Hamburger Verfassungsschutz hat mit seinen Erkenntnissen auch im vergangenen Jahr mit dazu beigetragen, dass ausländische Extremisten gar nicht erst nach Deutschland einreisen durften: Im Rahmen des so genannten „Schengener Visumverfahrens“ betraf dies im Jahr 2008 14 Personen, bei denen das Landesamt Bedenken gegen eine Einreise erhob. Drei ausländische Isla-

misten mussten im vergangenen Jahr Hamburg verlassen – damit insgesamt 18 seit 2003. Dies liegt an der guten Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz, Einwohner-Zentralamt und Polizei mit der Dienststelle Anti-Terror-Koordination. Seit Oktober 2001 wird zudem das Landesamt für Verfassungsschutz vor jeder Einbürgerung mit einbezogen: Das Einwohner-Zentralamt fragt an, ob bestimmte Erkenntnisse, zum Beispiel extremistische Aktivitäten, dagegen sprechen, dass jemand den deutschen Pass erhält. Im Jahr 2008 waren dies 5.434 Anfragen.

Alle wichtigen Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr 2008 und viele Zahlen, Daten und Fakten finden Sie unter www.hamburg.de/innenbehoerde im Internet – darunter unter anderem den gesamten Bericht zum Download sowie eine Kurzversion („Verfassungsschutzbericht 2008 – Das Wichtigste in Kürze“).

Kurzübersicht über die extremistischen Bestrebungen im Jahr 2008

(weitere Informationen unter www.hamburg.de/innenbehoerde)

Islamisten

Die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus hält unverändert an, auch wenn im Jahr 2008 in Deutschland keine konkreten Anschlagplanungen oder -vorbereitungen festgestellt wurden und es zu keinen Anschlagversuchen kam. Die Bundesrepublik Deutschland liegt wie andere westliche Industrienationen weiter im Zielspektrum gewaltbereiter islamistischer Gruppierungen.

Jihadisten in Hamburg

Auch in Hamburg leben Islamisten, die der Jihad-Ideologie anhängen (Jihadisten). Islamistisch motivierte Gewalttaten gab es hier jedoch auch 2008 nicht und, soweit bekannt, wurde von hier auch nicht an solchen Taten mitgeplant. Rund 50 Personen werden in Hamburg als sogenannte Jihadisten eingestuft (2007: 60). Sie befürworten oder unterstützen durch Hilfsleistungen den weltweiten bewaffneten Jihad (Heiliger Krieg). Die jihadistische Szene in Hamburg besteht zum Teil aus sehr kleinen Gruppen, was die Beobachtung erschwert. Hinzu kommt, dass dieser Personenkreis infolge etlicher Ausweisungen und Abschiebungen in den letzten Jahren zunehmend vorsichtiger geworden ist und sich mit öffentlichen extremistischen Äußerungen zurückhält.

Neben den Anhängern des weltweiten bewaffneten „heiligen Kriegs“ existieren auch in Hamburg weitere Gewalt befürwortende Gruppen wie die multiethnische „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) und die „Türkische Hizbullah“ (TH).

Islamistische Bestrebungen: Personenpotenzial

Das bundesweite Potenzial der Anhänger aller islamistischen Bestrebungen hat sich auf 34.720 Personen (2007: 33.170) erhöht. In Hamburg wurden 2.005 Personen (Stichtag: 31. Oktober 2008) dem islamistischen Potenzial zugerechnet (2007: 2030). Davon gehören allein 1.600 der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) an. Der Teil des islamistischen Gesamtpotenzials, der als gewaltbereit eingeschätzt wird, umfasst 200 Personen (2007: 210).

Extremistische Ausländerorganisationen: Personenpotenzial

Die Zahl der Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen (ohne Islamisten) in Deutschland betrug im Jahr 2008 etwa 24.750 (2007: 25.250). In Hamburg gibt es etwa 980 (2007: 970) Anhänger ausländischer politisch-extremistischer Gruppierungen (ohne Islamisten).

Im Jahr 2008 wurden 46 Fälle „Politisch Motivierter Kriminalität“ in Hamburg gezählt (2007: 33), davon 35 von „extremistischer Kriminalität“ (2007: 12) und sieben extremistische Gewaltdelikte (2007: vier). Unter den Straftaten mit ausländerextremistischem Bezug waren viele Farbschmierereien und andere Sachbeschädigungen, auch Brandanschläge, zu verzeichnen. Ein nennenswerter Anteil hat einen KONGRA GEL-Bezug.

Weitere ausländerextremistische Bestrebungen: PKK

Bei der Beobachtung der in Deutschland aktiven extremistischen Ausländerorganisationen liegt weiterhin ein Schwerpunkt auf der kurdischen PKK-Nachfolgeorganisation KONGRA GEL. Sie kann weiterhin auch kurzfristig mit Demonstrationen und gewalttätigen Aktionen auf bestimmte Nachrichten reagieren. Wie in den Vorjahren gelang es dem KONGRA GEL auch 2008, seine Mitglieder und Anhänger zur Teilnahme an Großveranstaltungen zu mobilisieren. Auch wenn der KONGRA GEL in den letzten Jahren in Hamburg an Bedeutung und Schlagkraft verloren hat, gehen auch hier insbesondere von Anhängern der „Komalen Ciwan“ („Jugendunion“) Gefahren für die öffentliche Sicherheit aus.

Rechtsextremismus

Aktivste Teile des Rechtsextremismus im Jahr 2008 waren erneut die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die mit ihr im Rahmen der „Volksfrontstrategie“ kooperierenden aktionistisch orientierten Rechtsextremisten. Wahlerfolge bei Landtagswahlen blieben 2008 wiederum aus. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) erreichte in Hamburg am 24. Februar 2008 bei den Wahlen zur Bürgerschaft nur 0,8% der abgegebenen Stimmen. Der Hamburger Landesverband der NPD ist

seit der Wahl Jürgen RIEGERs zum Landesvorsitzenden zunehmend neonazistisch geprägt. Nach Abschluss der von Freien Nationalisten (Angehörige von Neonazi-Kameradschaften) und NPD gemeinsam geführten Kampagne „Für ein sicheres Bergedorf“ gegen den Bau einer Moschee konzentrierte sich der aktionistische Teil der Rechtsextremisten in Hamburg auf die Demonstration am 1. Mai 2008. Unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung“ nahmen 1.500 Personen teil, darunter ein „Schwarzer Block“ von 400 schwarz gekleideten und aggressiv auftretenden Personen. Ihm gehörten – erstmals in Hamburg – viele aus anderen Ländern angereiste „Autonome Nationalisten“ an. Es kam zu massiven Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und der Polizei.

Nachdem die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Bundesgebiet im Jahr 2007 bereits deutlich von 38.600 (2006) auf 31.000 zurückgegangen war, sank die Zahl im Jahr 2008 auf 30.000 Personen. Der gravierende Rückgang geht hauptsächlich darauf zurück, dass „Die Republikaner“ (REP) seit 2007 nicht mehr beobachtet und damit nicht mehr in das rechtsextremistische Potenzial eingerechnet werden. Die Zahl der vom Landesamt für Verfassungsschutz erfassten Rechtsextremisten in Hamburg blieb 2008 mit ca. 540 Personen unverändert. Im vergangenen Jahr wurden in Hamburg 369 rechtsextremistische Straftaten begangen, 37 mehr als 2007. Der Anstieg der Gewaltdelikte von 22 im Jahr 2007 auf 45 im Jahr 2008 liegt insbesondere an den massiven Auseinandersetzungen am Rande der rechtsextremistischen Demonstration am 1. Mai. Die Polizei registrierte allein an diesem Tag 15 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, darunter Übergriffe auf Polizeibeamte und Journalisten.

Linksextremismus

Hamburger Linksextremisten zeigten 2008 eine große Bandbreite von Aktivitäten und Themen. Bei Autonomen gehörten sowohl interne Debatten zur eigenen Aufstellung und Ausrichtung als auch Demonstrationen mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen und Brandanschläge dazu.

Ein wichtiges Aktionsthema der Hamburger autonomen Szene war auch 2008 der Antifaschismus: Vor der Bürgerschaftswahl im Februar sowie vor dem 1. Mai wurden Sachbeschädigungen an Häusern verübt, in denen Rechtsextremisten wohnten. Am 1. Mai 2008 eskalierten Gewalt und Zerstörungswut bei Protesten gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten. Bei „antifaschistischen“ Protesten im Herbst 2008 gegen einen Laden, der auch von Rechtsextremisten bevorzugte Kleidung anbot, wurden Straftaten verübt. Autonomen gelang es nicht, die Feierlichkeiten zum 18. Jahrestag der Deutschen Einheit in Hamburg zu beeinträchtigen.

Das linksextremistische Personenpotenzial betrug bundesweit insgesamt etwa 31.200 Personen (2007: etwa 30.800 Personen). In Hamburg wurden im Berichtsjahr 1.120 Linksextremisten erfasst

(2007: ca.1.500). Die Differenz zum Vorjahr resultiert insbesondere daraus, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (LfV) nur noch die Mitglieder der revolutionär-marxistischen Organisationsteile der Partei „DIE LINKE.“ beobachtet.

Nach dem starken Anstieg der linksextremistischen Straftaten in Hamburg im Jahre 2007 war im Jahre 2008 ein leichter Rückgang von 98 auf 92 zu verzeichnen. Die Zahl der Gewalttaten blieb mit 51 (2007: 49) nahezu unverändert. Schwerpunkte waren Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten insbesondere beim Aufmarsch von Rechtsextremisten am 1. Mai sowie anlässlich der Themen Energie-/Klimapolitik und Antirassismus. Weitere Straftaten wurden während oder nach Demonstrationen insbesondere von Angehörigen der autonomen Szene begangen. Hierbei handelte es sich überwiegend um Körperverletzungen gegen Polizeibeamte, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Analyse der Politisch Motivierten Kriminalität 2008

Insgesamt lassen sich bei der Politisch Motivierten Kriminalität in Hamburg im Jahr 2008 einige spezielle Ereignisse nennen, bei denen es zu einer Häufung von Straftaten kam, bei denen die Polizei aber auch gewohnt konsequent jede einzelne Straftat verfolgte – etwa die 1.-Mai-Demo in Barmbek mit rechts- und linksextremistisch motivierten Straftaten, die Aktionen im zeitlichen Kontext des so genannten Klima-Camps und das „Schanzenfest“. Im Bereich des Ausländerextremismus gab es 2008 mehr Aktivitäten im PKK-Milieu aufgrund von Gerüchten über die angebliche Misshandlung von Öcalan in türkischer Haft; außerdem gab es Spendensammlungen für die verbotene PKK-Nachfolgeorganisation und entsprechende Anzeigen. Und die Bürgerschaftswahl 2008 mit zahlreichen beschädigten Wahlplakaten führte zu einer Steigerung im Bereich „PMK Sonstige“.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde